

Postulat

Bewährtes berufsvorbereitendes Schuljahr für Migrantinnen weiterführen (Projekt AMIE)

Der Regierungsrat wird gebeten

1. zu prüfen, wie er die Aufbauarbeit und das Potential von AMIE erhalten kann, damit auch künftig ein spezielles berufsvorbereitendes Angebot (10. Schuljahr) für Migrantinnen nachhaltig gesichert wird.
2. darzulegen, mit welchen Massnahmen der Kanton die schwierige Situation von jungen Migrantinnen nach Schulabschluss beim Einstieg in die Berufsausbildung und in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Begründung

Das berufsvorbereitende Schuljahr für Migrantinnen (AMIE) steht scheinbar nach sieben erfolgreichen Jahren vor dem Aus und wird zum letzten Mal durchgeführt.¹ Das berufsvorbereitende Schuljahr (BVS) mit Schwerpunkt Integration (BSI), welches bisher organisatorisch der Lehrwerkstätte Bern angegliedert war, soll nicht mehr eigenständig als Frauenklasse weitergeführt werden. Die Schülerinnen sollen ab Herbst 2006 in die allgemeinen berufsvorbereitenden Schulklassen (Berufs- Fach- und Fortbildungsschule, BFF) integriert werden.

Dieser Entscheid steht im Widerspruch zum Bedürfnis nach einem solchen zielgerichteten Angebot. Die Schwierigkeiten junger MigrantInnen eine Lehrstelle zu finden zeigen, dass im Bereich Berufsbildung und -vorbereitung grosser Handlungsbedarf besteht. Es ist bekannt, dass ein gezieltes Bildungsangebot speziell für Frauen mit Migrationshintergrund sinnvoll und notwendig ist. AMIE ist ein Angebot, das entsprechend nachgefragt wird: Seit seinem Start im Jahr 1999 haben 128 Frauen das Projekt AMIE besucht. Im letzten Jahr haben sich 40 junge Frauen dafür interessiert, dieses berufsvorbereitende Schuljahr zu besuchen indem sie sich für die Schnuppertage angemeldet haben.

Selbstverständlich ist es nötig, dass sich ein Pilotprojekt laufend neuen Gegebenheiten anpasst und Veränderungen bezüglich Lerninhalten oder auch Strukturen möglich sein müssen. Wir erachten aber sogenannte „Frauenklassen“ u.a. auch aus pädagogischen Überlegungen weiterhin nicht nur für sinnvoll, sondern für noch ausbaufähig. Auch der Fokus auf technische, sogenannte „frauenuntypische“ Berufe hat angesichts des Potentials dieser Bereiche durchaus Berechtigung.

Von Kantonsseite ist keine nachvollziehbare Begründung zu erkennen, warum er das Projekt AMIE abbrechen will. Damit geht das Fachwissen aus sieben Projektjahren verloren, ohne dass das Knowhow mit einer professionellen Evaluation nutzbar und transferierbar gemacht worden wäre. Andererseits verliert der Kanton Bern ein zielgerichtetes Schuljahr, welches einer gesellschaftlichen und bildungspolitischen Nachfrage entspricht. Zudem können die bisher im Projekt investierten privaten (Gewerkschaften) und öffentlichen Leistungen (u.a. Finanzhilfen nach Gleichstellungsgesetz des Bundes und Lehrstellenbeschluss II) keine Nachhaltigkeit erreichen. Zudem besteht die Möglichkeit für weitere Bundesfinanzierungen.²

Es wird Dringlichkeit verlangt

Es ist wichtig, dass ein berufsvorbereitendes Schuljahr für Migrantinnen so rasch als möglich gesichert wird, damit das Angebot auch 2006 weitergeführt werden können. Gerade für 2006 sagen die prognostizierten Zahlen voraus, dass noch mehr Jugendliche keine Lehrstelle finden werden. Darum sind gezielte Förderprojekte für Jugendliche sinnvoll und von grosser Bedeutung.

¹ Berichterstattung in den Medien (Bund, 1.12.2005: „Schulschluss für Amie?“) und die öff. Podiumsveranstaltung: „Führt die Berufswahl junge Frauen in die Sackgasse?“ vom 22.11.05.

² Innovationsartikel eidg. Berufsbildungsgesetzes (Art. 54, 55 BBG), welches die Schaffung von neuen tragfähigen Strukturen und besondere Leistungen im öffentlichen Interesse finanziell unterstützt, namentlich: a. Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau und f. Massnahmen zur Integration Jugendlicher mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten in die Berufsbildung.